



# **Niederschrift**

**über die Sitzung  
des Schulträgersausschusses  
am 26.01.2011**

## **Anwesend**

### **- Vorsitz**

Kurt Merkator

### **- Mitglieder**

#### **Stadtratsmitglieder**

Gunther Heinisch  
Sylvia Köbler-Gross (Vertretung für Frau Rößner)  
Nadya Konrad  
Norbert Solbach  
Karin Trautwein (Urkundsperson)  
Sissi Westrich (Urkundsperson)  
Cornelia Willius-Senzer

#### **Lehrervertreter**

Margitt Dahm  
Ibolya Havel-Scheuermann  
Christel Liefke  
Armin Mößmer  
Valeriano Sierra Haupt  
Erwin Steilen

#### **Elternvertreter**

Ingrid Braun  
Ruth Ludwig  
Anja Selle-Uersfeld

#### **Stadtschülerrat**

Klara Sophie Mladinic

#### **Vertreter Arbeitnehmer**

Ludwig Julius

#### **- Von der Verwaltung:**

Dieter Stillger, Dezernat IV  
Petra Henkel, Amt 40  
Joachim Becker, Amt 40

**- Gäste**

Cornelia Hain, Amt 50  
Barbara Schneider, Amt 50  
Rosemarie Gilla, Amt 51  
Wolf Krämer-Mandeu, Bildung und Region

**- Schriftführung**

Ulf Cöster

**Entschuldigt fehlen**

Joachim Bliemeister  
Dagmar Brandmüller  
Klaus Heck  
Manfred Ladwig  
Tabea Rößner, MdB

## **Tagesordnung**

### **a) nicht öffentlich**

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 2 bis 8

### **b) öffentlich**

2. Fortschreibung des Schulentwicklungsplans
3. Sachstandsbericht zu Antrag 0375/2007 Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und Antrag 0118/2010 Bündnis 90/Die Grünen Ortsbeirat Mainz-Neustadt
4. Errichtung von Fachoberschulen an Realschulen plus zum Schuljahr 2012/2013
5. Jugendberufshilfe und Jobfüxe
6. Namensgebung für Realschule plus Altstadt
7. Stadtratsantrag "Bildungsmesse"
8. Mitteilungen/Verschiedenes
9. Einwohnerfragestunde

## öffentlich

### Punkt 2      Fortschreibung des Schulentwicklungsplans - Beantwortung von Fragen

Aus der Vorstellung des Schulentwicklungsplans sind folgende Fragen offen geblieben:

1. Sind alle Dächer für die Mainzer Grundschulen gebaut?
2. Was kann der Schulträger tun, um für das Thema „Inklusion“ gerüstet zu sein?

Herr Krämer-Mandeu nimmt wie folgt Stellung:

Auf Seite 76 des aktuellen Schulentwicklungsplans sei erkennbar, dass es an fast keinem Standort gravierende Veränderungen geben werde. Ausnahmen seien die Stadtteile Neustadt (höhere Zahlen) und Bretzenheim/Zahlbach (fallende Zahlen). Die höheren Schülerzahlen in der Neustadt könnten kompensiert werden (die Feldbergschule hatte vor wenigen Jahren bereits solch hohe Zahlen, die Goetheschule verfüge über 21 Klassenräume, an der Leibnizschule seien auch im Hinblick auf die ehemalige HS Schiller Raumkapazitäten vorhanden).

Bei der Inklusion werde vorgeschlagen, dass sich der Schulträger auf eine schnellere Inklusion vorbereiten solle als die Schulen. Bei geringeren Schülerzahlen an den Förderschulen müsse das Land die Lehrerstundenzuweisungen dort herunterfahren. Bei der späteren tatsächlichen Inklusion würden diese Lehrerstunden dann an den Grundschulen fehlen.

Im Bereich der Sprachbehinderung werde die Inklusion noch schneller erwartet. Eventuell könnten regionale Verbünde geschlossen werden. Bei der Lernbehindertenschule seien die Zahlen von 300 auf 200 gesunken. Auch hier solle man über eine Regionalisierung nachdenken. Für Schüler der Körperbehindertenschule in Nieder-Olm müssten die Schwerpunktschulen entsprechend ausgestattet und eingerichtet sein. Bei den Förderschulen mit geistigbehinderten Schülern werde die Entwicklung langsamer kommen. Jede „stille“ Inklusion von 5 Förderschülern führe zum Wegfall einer Lehrerstelle.

Herr Merkator bemerkt, dass die Räume der HS Goethe künftig für die BBS II zur Verfügung stehen werden.

Frau Dahm fragt, welche Bedeutung der Elternwille bei den Förderschulen habe.

Herr Merkator antwortet, dass der Elternwille oberste Priorität habe.

Herr Krämer-Mandeu weist darauf hin, dass er seine persönliche Position vorgebracht habe, nicht die des Schulträgers.

Herr Mößmer erwähnt, dass der Planer von den geltenden Schulbaurichtlinien ausgehe, die minimalistisch seien. Die Astrid-Lindgren-Schule gebe nach der 2. Klasse bereits seit Jahren beeinträchtigte Schüler an die Grundschulen ab. Er befürchtet, dass die Inklusion so nicht durchführbar sei. Insbesondere seien die Räumlichkeiten

für behinderte Kinder baulich nicht ausreichend ausgestattet. In Mainz gebe es demnächst 5 Schwerpunktschulen im Grundschulbereich.

Herr Merkator bemerkt, dass die Inklusion Thema des Landes sei und in der nächsten Sitzung des Ausschusses ein Vertreter des Landes (Herr Barthen) hierzu anwesend sei.

Herr Heinisch sieht die Inklusion als Chance, auch der Stadtrat hätte sich dafür ausgesprochen.

Herr Solbach teilt die Meinung von Herrn Mößmer. Eine stadtweite Inklusion „auf einen Schlag“ hält er nicht für gut.

Frau Boos-Waidosch merkt an, dass sich nach der EU-Menschenrechtskonvention in Rheinland-Pfalz eine AG „Inklusion“ gebildet habe, die einen Aktionsplan erarbeiten soll, ein entsprechender Stadtratsbeschluss läge vor. Diese Entwicklung sei nicht mehr aufzuhalten. Es gebe immer Lösungen für eine barrierefreie Erschließung von Schulen.

Herr Krämer-Mandau weist auf die Astrid-Lindgren-Schule hin, deren Schülerzahlen von 88 auf 125 angewachsen sei. Dies spreche nicht für eine Inklusion. Man müsse sich jetzt schon Ziele für die Entwicklung der Förderschulen setzen.

Frau Braun fragt nach realistischen Gestaltungsmöglichkeiten des Schulträgers und regt den Dialog mit den Förderlehrkräften an.

Herr Julius bittet, eng mit den Schulen den Weg der Inklusion zu gehen und sie nicht zu überfordern. Er sieht Koordinationsbedarf mit den Schulen und dem Land.

Frau Trautwein fragt zum Elternwillen, ob die Stadt bei entsprechenden Wünschen Förderschulangebote zur Verfügung stellen müsse.

Herr Krämer-Mandau bestätigt dies.

Frau Dahm betont, dass die wachsenden Schülerzahlen durch den Elternwunsch und die Zuweisungen der ADD erklärbar seien.

Herr Krämer-Mandau schlägt vor, dass der Schulträger gemeinsam mit den Schulen ein stadtweites Konzept erarbeiten sollte.

Herr Mößmer erklärt, dass es an den Mainzer Fördergrundschulen derzeit 180 Wochenstunden gebe. Die Zahl der sprachbehinderten Schüler nehme zu.

Herr Steilen weist auf die Erfahrungen mit der Inklusion an der Realschule plus hin. In Zukunft müsse man sich auf die stille Inklusion vorbereiten (Personalausstattung, Pädagogik etc.).

Herr Sierra Haupt bittet darum, auch zu planen, wie sich die Berufsbildenden Schulen auf die Inklusion vorbereiten könnten.

Frau Havel-Scheuermann berichtet über eine realisierte Inklusion an den Berufsbildenden Schulen, vor allem im baulichen Bereich. Man gehe im Schulalltag selbstverständlich mit seh- und hörbehinderten Schülern um.

Frau Selle-Uersfeld fragt nach den räumlichen Gegebenheiten der Innenstadtsschulen, wenn in den Räumen der HS Goethe die BBS II untergebracht werde.

Herr Merkator geht davon aus, dass die bestehenden Räumlichkeiten für die Gymnasien der Innenstadt ausreichend seien. Im Rahmen der Sanierungs- und Umbaumaßnahmen seien lediglich Ausweichräume zu suchen.

Auch Herr Krämer-Mandau sieht hier keine räumlichen Probleme.

Der Vorsitzende betont, dass keine hessischen Schüler mehr aufgenommen würden, um die Zügigkeit zu erhöhen. Dies, zusammen mit der Errichtung des neuen Gymnasiums Oberstadt, entspanne die Situation.

Die ADD lege seit Jahren gemeinsam mit dem Schulträger die Zügigkeiten fest und lenke die spätere Schülerverteilung.

**Punkt 3**                    **Sachstandsbericht zu Antrag 0375/2007 Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und Antrag 0118/2010 Bündnis 90/Die Grünen Ortsbeirat Mainz-Neustadt**  
**hier: Armuts-Monitoring - Armut besser bekämpfen - Förderinstrumente gezielter einsetzen**  
**und: Einrichtung eines Runden Tisches zur Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe/Aufbau von Präventionsketten**  
**Vorlage: 2330/2010**

Frau Schneider und Frau Hain (Amt für soziale Leistungen) stellen den Armutsbericht und das weitere Vorgehen vor.

Frau Westrich, Herr Solbach und Herr Mößmer stellen Handlungsbedarf für viele Stadtteile fest.

Nach kurzer Diskussion nehmen die Ausschussmitglieder Kenntnis.

**Punkt 4**                    **Errichtung von Fachoberschulen an Realschulen plus zum Schuljahr 2012/2013**  
**Vorlage: 0063/2011**

Dieser TOP wurde abgesetzt.

**Punkt 5**                    **Jugendberufshilfe**  
**hier:**  
**1. Erhöhung des Zuschussansatzes der Jugendberufshilfe um**

**15.767,00 € zur Finanzierung des Kofinanzierungsanteils für den  
"Kommunalen Jugendscout", Träger Förderband Mainz e.V.**  
**2. Ausbau des Jobfux-Programms an Mainzer Schulen**  
**3. Vergabe von Zuschüssen für Projekte der Jugendberufshilfe 2011**  
**Vorlage: 2107/2010**

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 6**            **Namensgebung für Realschule plus Altstadt**  
**Vorlage: 0021/2011**

Die Beschlussvorlage wird einstimmig so beschlossen.

**Punkt 7**            **Stadtratsantrag "Bildungsmesse"**  
**Vorlage 2274/2010**

Das Schreiben des Sprechers der Gymnasien, Herrn Bliemeister, wurde an die Ausschussmitglieder ausgeteilt.

Herr Merkator informiert über das Ergebnis der Abfrage durch die Verwaltung, ob an den Schulen Interesse für eine solche Bildungsmesse bestehe:

Die 4 Berufsbildenden Schulen und die Realschule plus Mainz-Gonsenheim hätten Interesse bekundet, die Gymnasien (außer Rabanus-Maurus) und die Anne-Frank-Realschule plus hätten abgelehnt.

Von den Integrierten Gesamtschulen, von der Fritz-Straßmann-Realschule sowie von der Realschule plus Mainz-Lerchenberg sowie der Realschule plus Budenheim/Mombach liegen keine Meldungen vor.

Frau Liefke erklärt, dass die IGSen nicht interessiert seien.

Nach weiterer Erläuterung durch Frau Willius-Senzer und kurzer Diskussion wird der Antrag an die Verwaltung gegeben. Für die Anmeldungen im Schuljahr 2012/13, die zeitlich Anfang Februar 2012 liegen, ist vorher ein Konzept mit Kostenangaben für eine Bildungsmesse, die ca. im Oktober/November 2011 stattfinden könnte, zu erstellen, um den Stadtratsbeschluss umzusetzen.

**Punkt 8**            **Mitteilungen/Verschiedenes**

Die Anne-Frank-Realschule plus Mainz hat die Errichtungsoption zur Ganztagschule erhalten.

Das Schulamt ist am 03.01.11 in das Stadthaus, Lauteren-Flügel, Kaiserstr. 3-5, 55116 Mainz, umgezogen.

Die nächste Sondersitzung des Schulträgerausschusses findet am 16.02.2011, 13.00 Uhr, Rathaus, statt.

Die nächste reguläre Sitzung des Schulträgerausschusses findet am 24.05.2011, 16.30 Uhr, Stadthaus, Kreyßig-Flügel, statt.

Herr Merkator weist auf eine Bitte der Wohlfahrtsverbände hin. Durch den Wegfall vieler Zivildienstleistungen werden die Schulen gebeten, ihren Fokus auf Sozialpraktika in den Schulen zu legen.

**Punkt 9**      **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor und der Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.50 Uhr.

.....  
Vorsitz

.....  
Schriftführung

.....  
Urkundsperson

.....  
Urkundsperson